

Pressemitteilung

Kiel, 01.03.2022

Obdachlosigkeit in Kiel: Neben dem Ordnungsdienst auch die Sozialarbeit aufstocken

Im Zuge der Berichterstattung über die Obdachlosigkeit in Kiel erinnert die SSW-Ratsfraktion an einen ihrer ordnungs- und sozialpolitischen Grundsätze: Maßnahmen wie die Aufstockung des Kommunalen Ordnungsdienstes müssen immer auch von einer Aufstockung der Sozialarbeit flankiert werden. Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende Ratsherr Marcel Schmidt:

„Obdachlose Menschen sind im Kieler Stadtbild aktuell sichtbarer denn je. Unterschiedliche Entwicklungen bedingen, dass diese Menschen in Not ihre Lebensmittelpunkte in belebtere Bereiche der Landeshauptstadt verlagern. Obdachlosigkeit ist ein Problem, das sich nicht über Nacht menschenwürdig lösen lässt. Die jeweiligen Hintergründe der Menschen sind so individuell wie ihre Biographien. Um darauf wirksam eingehen zu können, braucht die Stadt mehr Personal in der Sozialarbeit.

Die SSW-Ratsfraktion hat in der vergangenen Wahlperiode als Mitglied der Rathauskooperation darauf hingewirkt, dass Soziales und Sicherheit stets als zwei Seiten einer Medaille betrachtet werden. Ordnungspolitische und sozialpolitische Maßnahmen profitieren von der Anwesenheit der jeweils anderen. Allein für Ordnung auf den Straßen zu sorgen, ohne für die Menschen da zu sein, löst noch kein Problem. Gleichzeitig hilft es sehr, wenn soziale Maßnahmen von einem ordnungspolitischen Unterbau gestützt werden.

Aus diesem Grund sehen wir es kritisch, dass mit der jüngsten personellen Aufstockung des Kommunalen Ordnungsdienstes nicht auch der Personalpool an Sozialarbeiter*innen vergrößert wurde. Die aktuelle Rathauskooperation hat die Linie der ehemaligen Küstenkooperation verlassen und einseitig den Kommunalen Ordnungsdienst verstärkt.

Dabei ist gerade jetzt, wo sich mehr Menschen in Obdachlosigkeit sichtbarer im Straßenbild aufhalten, die Chance, diesen Personen zu helfen, größer geworden. Aktuell sehen wir den Anteil von Mitarbeiter*innen beim Ordnungsdienst und in der Sozialarbeit nicht in dem Verhältnis, das wir brauchen, damit Soziales und Sicherheit ihr Potenzial an Synergie voll ausschöpfen können.“